

FreiBrief aus Berlin

12/2014



Sehr geehrte Damen und Herren,

in der letzten Sitzungswoche haben wir im Deutschen Bundestag den Bundeshaushalt 2015 beschlossen. Damit haben wir das erste Mal seit 1969 einen Haushalt ohne neue Schulden aufgestellt. Nach 46 Jahren, in denen stets neue Schulden gemacht worden sind, machen wir nun Schluss mit roten Zahlen. Gleichzeitig sind wir zuversichtlich, dass der Gesamtschuldenstand in den nächsten Jahren auf 70 Prozent reduziert werden kann. Auch im kommenden Jahr stehen für die Unionsfraktion eine solide Haushaltsführung, wachstumsfördernde Struktur-reformen und Investitionen in die Zukunft ganz oben auf der politischen Agenda.

In diesen Tagen bereiten wir uns auf die Weihnachtszeit vor. Das Fest zur Geburt Jesu Christi ist ein Anlass, die Zeit zu entschleunigen und einmal kurz inne zu halten. Für mich geht ein spannendes, erstes Jahr als Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal zu Ende. Ich freue mich auf das neue Jahr, viele interessante Herausforderungen und persönliche Begegnungen.

*Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien
gesegnete Weihnachten und alles Gute, Gesundheit
und Gottes Segen für das kommende Jahr.*

Herzlichst

INHALT

<i>Bericht aus Berlin</i>	1
<i>Aktuelles aus dem Wahlkreis</i>	3
<i>Ausländische Fachkräfte unverzichtbar für die regionale Wirtschaft</i>	6
<i>Verbesserung der Palliativversorgung erleichtern den schwierigen Weg am Ende des Lebens</i>	6
<i>Höchste Zeit für Aufhebung für Altersgrenzen im öffentlichen Dienst</i>	7
<i>Erfolgreiche Haushaltsklausur der CDU-Kreistagsfraktion in Schönwald</i>	7

www.thorsten-frei.de



Bericht aus Berlin

Mit uns künftig keine neuen Schulden mehr

Am vergangenen Freitag haben wir im Deutschen Bundestag den Bundeshaushalt 2015 beschlossen. Damit haben wir das erste Mal seit 1969 einen Haushalt ohne neue Schulden aufgestellt. Das heißt, der Bund wird im kommenden Jahr mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger auskommen und seine Ausgaben von geplanten 299,1 Milliarden Euro ohne neue Kredite finanzieren. Der Kreislauf von ständig steigenden Schulden auch in guten konjunkturellen Zeiten ist damit durchbrochen. In § 2 Abs. 1 Satz 1 des Haushaltsgesetzes heißt es dementsprechend: „Im Haushaltsjahr 2015 nimmt der Bund keine Kredite zur Deckung von Ausgaben auf.“



© FreeDigitalPhotos.net / Stuart Miles

Wir krönen damit die erfolgreiche Konsolidierungspolitik der unionsgeführten Koalitionen der vergangenen Jahre. Während wir im Jahr 2010 noch eine Nettokreditaufnahme von 80,2 Mrd. EUR verzeichneten, steht heute die „schwarze Null“. Den im Koalitionsvertrag verabredeten Verschuldungsspielraum der Schuldenbremse i. H. v. 22,5 Mrd. EUR nutzen wir nicht. Vielmehr stoppen wir endlich das Anwachsen des Schuldenberges und zahlen sogar einen Teil unserer Schulden zurück. Damit erfüllen wir eines unserer zentralen Versprechen. Mit uns gibt es keine neuen Schulden. Schließlich sind wir das vor allem unseren Kindern schuldig.

Wichtige Impulse statt Wahlkampfmanöver

Damit stehen wir im harten Kontrast zur grün-roten Landesregierung, die uns im vergangenen Jahr mit einer Neuverschuldung von fast 2 Mrd. EUR zum Schuldenkönig der Nation gemacht hat. Und auch in diesem sowie im kommenden

Jahr sorgt die linke Regierung dafür, dass Baden-Württemberg mit zusammen mehr als 2 Mrd. EUR noch tiefer in den Schuldensumpf gezogen wird. Der ausgeglichene Haushalt im Jahre 2016, mit dem Finanzminister Schmid immer gerne wirbt, ist ein Witz und muss als Wahlkampfmanöver abgetan werden, da die Schulden in den Jahren 2017 – 2019 plötzlich wieder kräftig aufleben. Ein seriöser Konsolidierungspfad sieht anders aus. Anders als Grün-Rot, das in Baden-Württemberg unnötige Wahlgeschenke verteilt, setzen wir trotz unserer Sparanstrengungen wichtige Impulse für die Menschen in unserem Land. Wir stärken die innere Sicherheit mit mehr als 500 Mio. EUR. Das Geld fließt in die personelle und materielle Ausstattung des Verfassungsschutzes und der Bundespolizei und in die Sicherheitsarchitektur des IT-Netzes des Bundes. Ebenso engagieren wir uns noch stärker als bisher im Rahmen humanitärer Hilfe. Mit unserem Haushalt für 2015 setzen wir zusätzliche 350 Mio. EUR ein, um besser auf die zahlreichen Krisen der Welt reagieren zu können. Und nicht zu vergessen ist das zusätzliche Investitionspaket i. H. v. 10 Mrd. EUR mit dem wir ab 2016 unsere öffentliche Infrastruktur modernisieren und die Energieeffizienz steigern – zwei wesentliche Standort- und Wettbewerbsfaktoren in Zeiten der Globalisierung.

Koalitionsausschuss gibt weitere Richtung vor

Darüber hinaus hat der Koalitionsausschuss einige wichtige Impulse gegeben. Besonders wichtig empfinde ich die Verabredungen zum Bürokratieabbau. Gerade die Implementierung des Grundsatzes „One-In, One-Out“ ist ein wichtiger Schritt zu weniger Bürokratie. Dahinter verbirgt sich das Ansinnen, dass für jede bürokratische Regel, die durch ein Bundesgesetz neu geschaffen wird, an anderer Stelle in einem Bundesgesetz eine bürokratische Regel zu streichen ist. Damit sind wir auf einem Weg, dass die Unternehmen wie auch die Bürger künftig zumindest nicht noch stärker am administrativen Gängelband geführt werden. Nicht zu vergessen ist die Zusage, dass sich Deutschland noch stärker bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme aus den Krisengebieten Nordafrikas und im Nahen Osten beteiligt. Einher mit dieser Zusage ging auch die

Beteuerung, dass der Bund den Ländern und Kommunen bei der praktischen Bewältigung finanziell deutlich stärker unter die Arme greifen wird.

Orientierungsdebatte zur Sterbebegleitung

Darüber hinaus haben wir im November eine erste Orientierungsdebatte zum Thema Sterbehilfe geführt. Allerdings ist es noch ein weiter Weg, bis konkrete Anträge vorliegen werden. Erst im Sommer oder Herbst 2015 werden wir hierzu im Deutschen Bundestag entscheiden. Ich selbst habe meine Entscheidungsfindung ebenso noch nicht abgeschlossen und stehe diesbezüglich im regelmäßigen Austausch mit Kollegen und Verbänden. Ganz grundsätzlich sehe ich jedoch die von verschiedener Seite herbeischworene Notwendigkeit einer Liberalisierung absolut nicht. Sie widerspricht meinem christlichen Werteverständnis.



Auch stellt sich mir diesbezüglich die Frage, was dadurch für unsere Gesellschaft besser werden würde? Ich teile in diesem Zusammenhang die Auffassung von Volker Kauder, der in seinem Redebeitrag bei der Debatte zur Sterbehilfe gesagt hat: „Die meisten Menschen haben keine Angst vor dem Tod, sondern vor dem Sterben. [...] Wir müssen alles dafür tun, dass beim Sterben niemand allein ist.“ Gegen diese Angst müssen wir mehr tun. Wir dürfen totkranke Menschen auf dem schweren letzten Abschnitt des Lebens nicht alleinlassen. Deshalb werden wir von gesetzgeberischer Seite die Rahmenbedingungen verbessern, so dass die Mittel und Wege im Bereich der Palliativ- und Hospizversorgung verbessert werden. Die Ärzte sollen den Menschen helfen, möglichst lang schmerzfrei, würdevoll und selbstbestimmt im Leben zu stehen und nicht möglichst schnell zu sterben. Würden wir an der Stellung der Ärzte und ihrer Funktion

im Zusammenhang mit aktiver Sterbehilfe rütteln, dann würden wir den hippokratischen Eid ad absurdum führen. Das sehen zum Glück auch die Ärzte in weit überwiegendem Maße so. Ohnehin ist in Deutschland noch nie ein Arzt verurteilt worden, weil er ein Mittel beschafft oder gar helfend oder beratend zur Seite stand. Die Ausnahme jedoch zum Regelfall und vielleicht sogar zur Kassenleistung zu machen, erachte ich als falsch. Das gleiche gilt für mich auch für sog. Vereinslösungen, selbst wenn diese nicht kommerziell ausgerichtet sind. Wer dieses Fass aufmacht, bekommt es nicht mehr zu.

Deutschland verlängert das Engagement in Darfur

Meine nunmehr achte Rede im Bundestag durfte ich anlässlich der Verlängerung der Bundeswehrbeteiligung an der UNAMID Mission in Darfur halten. Bei meinem Wortbeitrag erinnerte ich daran, dass der Konflikt seit mehr als elf Jahren unverändert fortbesteht. Leider gab es trotz der massiven Präsenz der Internationalen Gemeinschaft nur wenige sichtbare Fortschritte. Noch immer irren etwa 2,4 Mio. Binnenflüchtlinge im Land umher. Hunger sowie Wasserknappheit sind an der Tagesordnung. Weil die Lage der Menschen unverändert höchst prekär ist, sind wir auch weiterhin zur Hilfe verpflichtet. Schließlich ist Afrika unser unmittelbarer Nachbarkontinent. Krisen dort haben immer auch unmittelbaren Einfluss auf Europa, ob nun in Form von Flüchtlingen oder Aufwendungen für humanitäre Hilfe.

Darüber hinaus dürfen wir auch nicht die Chancen unseres Engagements in Afrika verkennen. Afrika ist ein Zukunftsmarkt mit ungeahnten Möglichkeiten für unsere Wirtschaft. Jede heutige Hilfeleistung ist auch eine Investition in unsere Zukunft. Mit Blick auf die Kritiker militärischer Beiträge habe ich unterstrichen, dass die humanitäre Hilfe Deutschlands jährlich etwa 60 Mio. EUR ausmacht, während der Einsatz unserer



etwa zehn Militärberater gerade einmal mit einer Million EUR zu Buche schlägt. Ebenso wichtig war mir mit Blick auf die Mandatsobergrenze von 50 Soldaten noch einmal ausdrücklich zu erwähnen, dass sich Deutschland im Schwerpunkt gerade nicht militärisch einbringe. „Hilfe zur Selbsthilfe“ ist das von Deutschland verfolgte Credo, das sich auch an UNAMID ablesen lässt. Wir wollen nicht möglichst viele Soldaten in solche Regionen schicken. Vielmehr wollen wir die Länder Afrikas befähigen, „ihr Haus“ eigenverantwortlich zu bestellen. Die mittlerweile unter Führung der Afrikanischen Union stehende Mission ist für mich ein Musterbeispiel dafür. Allerdings müssen wir die fehlenden Kapazitäten und Fähigkeiten der Afrikanischen Union noch immer ein Stück weit ausgleichen. Genau deshalb stellen wir eine sehr überschaubare Anzahl von Experten zur Verfügung. Die Rede können Sie als Video unter www.thorsten-frei.de abrufen.

[Unternehmer aus dem oberen Kinzigtal im Gespräch mit Thorsten Frei](#)

Für zwei Tage befanden sich Anfang November junge Unternehmerinnen und Unternehmer sowie einige Bürgermeister aus der Ortenau zu politischen Gesprächen in Berlin. Vor diesem Hintergrund bestand für die Gäste aus Baden-Württemberg auch die Gelegenheit für einen Austausch mit mir als dem für das obere Kinzigtal als Teil der Ortenau direkt gewählten Bundestagsabgeordneten. Bei den Gesprächen ging es um die aktuellen Gesetzesvorhaben in Bezug auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Dabei wurde insbesondere unterstrichen, dass die Ortenau und das südliche Baden-Württemberg besondere Interessen gerade auch im Bereich der Steuerpolitik haben, die entsprechend berücksichtigt werden müssten. Den anwesenden Unternehmern ging es insbesondere um die Berücksichtigung der Wirtschaftsstruktur, die von kleinen und mittelständischen, häufig inhabergeführten Unternehmen geprägt ist. Vor diesem Hintergrund sicherte ich meinen Gästen zu, dass es in der laufenden Legislaturperiode keine Gesetzesvorhaben mehr geben wird, die den Wirtschaftsstandort Deutschland schwächen könnten. Vielmehr werden wir in Berlin in Zukunft ein stärkeres Augenmerk auf die Frage legen, wie durch

Strukturreformen spürbare Impulse für Wirtschaftswachstum generiert werden können.



Am Ende waren sich alle Gesprächspartner einig, dass es insbesondere darum geht, die Strukturen so zu deregulieren, dass unternehmerische Tätigkeit wieder mehr unterstützt wird. In diesem Zusammenhang wies ich darauf hin, dass es gelungen ist, in der aktuellen Koalition durchzusetzen, dass Deutschland weder neue Schulden macht, noch Steuererhöhungen umgesetzt werden. Auch eine „Vergemeinschaftung“ von Schulden in Europa wird es mit dieser Bundesregierung nicht geben. Auch damit sind die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft positiv gesetzt. Der weitere Verlauf des Gesprächs beschäftigte uns insbesondere mit der zu erwartenden demographischen Entwicklung unseres Landes und den damit verbundenen gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen. Natürlich wurden auch Fragen der Verkehrsinfrastruktur und der Breitbandversorgung ausgiebig thematisiert, die letztlich eine Grundvoraussetzung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Region sind.

[Aktuelles aus dem Wahlkreis](#)

[St. Georgen hat einen neuen Jugendgemeinderat](#)

Die Stadt St. Georgen wählte zum zweiten Mal einen Jugendgemeinderat. Eine kommunalpolitische Besonderheit im Schwarzwald-Baar-Kreis. Im großen Sitzungssaal des Rathauses fanden sich zur Verkündung des Ergebnisses neben Bürgermeister Michael Rieger, alle Fraktionsvorsitzenden des Gemeinderates und die Kandidaten sowie einige Angehörige ein. Auch mir als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Schwarzwald-Baar / Oberes Kinzigtal und meinem Kollege im baden-württembergischen

Landtag, Karl Rombach, war dieser Termin wichtig. In meinem Grußwort beglückwünschte ich die neugewählten Jugendgemeinderäte zu Ihrer Entscheidung, frühzeitig politische Verantwortung für die eigene Stadt und Region zu übernehmen. Es ist wichtig, gemeinsame Interessen und Ziele zu formulieren, auf den Weg zu bringen und schließlich vor Ort umzusetzen. Das ist Kommunalpolitik in seiner Reinform. Die Impulse ihrer, der jungen Generation aufzugreifen und umzusetzen, schlagkräftig zusammenzuarbeiten und das von Bürgermeister Rieger und dem Gemeinderat geschaffene, hervorragende Umfeld zu nutzen, gab ich den 15 gewählten Jugendvertretern als Ratschlag mit auf den Weg. Die Stadt St. Georgen, allen voran der Gemeinderat und die Stadtverwaltung, geht mit bestem Beispiel voran.



[Absolventenfeier der Fakultät Medical Life Sciences - Studierende der Hochschule Furtwangen feiern ihren Abschluss](#)

Anlässlich der Absolventenfeier sprach ich auf Einladung der Fakultät Medical Life Sciences der Hochschule Furtwangen vor etwa 300 Gästen im Strawinsky-Saal der Donaueschinger Donauhallen. In der Festansprache hob ich auf die Innovationskraft der Hochschule, den hervorragenden Ruf als Bildungsleuchtturm und Fachkräftereservoir für die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen in der Region und die zukunftssträchtige Ausrichtung im gefragtesten Bereich des Gesundheitswesens ab. Die in der Region beheimateten Unternehmen in der Bio- und Prozesstechnologie, der Fachrichtung Molekulare und Technische Medizin wie auch der Medizintechnik- und Medizinproduktebranche blicken aus meiner Sicht einer rosigen Zukunft entgegen. In Zeiten des demografischen Wandels sehen wir uns steigenden Ansprüchen einer älter

werdenden Gesellschaft gegenüber. Bei einer Lebenserwartung von annähernd 100 Jahren, wenn man heute geboren wird, sind mehr Lebensqualität und der Beitrag zur Gesunderhaltung aus meiner Sicht elementare Problemstellungen unserer Generation. Auch die Themen Pflege, Zuwanderung und der drohende Fachkräftemangel sprach ich diesbezüglich an und nannte aktuelle Zahlen. Abschließend gab ich den Absolventen mit auf den Weg, wie wichtig es ist, auf das eigene Können zu vertrauen, sich regelmäßig weiter zu bilden, den Mut zu Entscheidungen zu haben, funktionierende und verlässliche Netzwerke zu knüpfen und zu pflegen, und dabei die Lebensqualität niemals aus den Augen zu verlieren.

[Gespräch mit dem Müttergenesungswerk über die Zukunft der Mutter/Vater-Kind-Kurberatung](#)

In den Räumlichkeiten der Caritas traf ich mich mit Vertretern der Katholischen Arbeitsgemeinschaft Müttergenesung und Entscheidungsträgern der Caritas Schwarzwald-Baar-Kreis e.V., um über die aktuelle Situation und die zukünftige Entwicklung des Müttergenesungswerkes zu sprechen. Zu Beginn machte ich deutlich, wie wichtig die Arbeit der Caritas und der mit ihr kooperierenden Katholischen Arbeitsgemeinschaft Müttergenesung ist. Besonders im Bereich der frauenspezifischen und ganzheitlichen Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen für Mütter und Mütter mit Kindern, der Gesundheitsförderung sowie der gesamten Breite der medizinischen und psychosozialen Therapien. Mit dem Anstieg schwieriger Familiensituationen steigt direkt auch der Bedarf an adäquaten Unterstützungsmaßnahmen. Hier gilt es Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Menschen in den Mittelpunkt stellen und das Ganze dezentral vor Ort. Diesbezüglich war ich mit Michael Stöffelmeier, dem Vorstandsvorsitzenden des Caritasverbandes Schwarzwald-Baar-Kreis e.V., einig. Dieser Bereich der Grundberatung muss in der aktuellen Form beibehalten werden. Die therapeutische Kette aus Beratung vor Ort, stationärer Rehabilitation und Vorsorge und einer individuellen Nachsorge sind hinsichtlich Prävention, Nachhaltigkeit und Effektivität ein Erfolgsmo-

dell, das es zu unterstützen gilt. Meine Unterstützung im Rahmen meiner Möglichkeiten sagte ich ebenfalls zu.



25 Jahre Kinderrechte - Besuch der Zinzendorf-schule Königsfeld

Anlässlich des 25. Jahrestages der UN-Kinderrechtskonvention besuchte ich auf Einladung der Unicef die Zinzendorfschulen Königsfeld. Den dort ausgerichteten Aktionstag gestalteten die Umweltpaten der Schule, die im Vorfeld eine Vielzahl an Fragen aus allen Bereichen zusammengetragen hatten. Mir war es wichtig, den anwesenden 5., 6. und 8 Klässlern auf Augenhöhe zu begegnen, um Sorgen und Gedanken, die die Schüler bewegen für meine weitere Arbeit mitzunehmen. Die Spanne der vorbereiteten Themen reichte von der aktuellen Situation in Afghanistan und den dortigen Errungenschaften der letzten Jahre, über das Problem der Kinderarbeit, regenerativen Energien und der Regenwaldabholzung bis zur Einsatzfähigkeit der Bundeswehr, der Benachteiligung von Frauen in der Welt, einer möglichen Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz und der aktuellen Flüchtlingsproblematik und ihren Folgen. Ich nahm mir für die einzelnen Fragen intensiv Zeit und nutzte viele Beispiele, um alle möglichen Facetten darzulegen und den Schülern zu verdeutlichen, wie wichtig ihre Anliegen sind. So skizzierte ich den Schulbesuch afghanischer Schüler, erwähnte die Möglichkeit eines Familienwahlrechts, griff die Vorreiterrolle Deutschlands im Bereich der erneuerbaren Energien auf und gab einen kurzen geschichtlichen Exkurs der letzten 50 Jahre bezüglich Mauerfall und kaltem Krieg und seine Auswirkungen auf den aktuellen Status der Bundeswehr. Weiter hob ich hervor, wie positiv sich die Rolle der Frauen in den letz-

ten hundert Jahren entwickelt hat, wenn man bedenkt, dass Frauen damals nicht einmal wählen durften, machte die Wichtigkeit der Kinderinteressen deutlich und brachte die Möglichkeit eines Kinderrechtechecks ins Gespräch. Danach kämen alle Gesetze auf den Prüfstand, um mittel- und langfristige Folgen für die Zukunft unserer Kinder auszuloten und zu minimieren. Für die Mühe und das Engagement dankte ich den Schüler abschließend und bot ihnen an, immer ein offenes Ohr für sie zu haben. Es ist vorbildlich wie sich die Schüler engagieren und über den Teller- rand hinaus blicken.



Die aktuelle Agrarpolitik im Wahlkreis – Vertretern des BLHV im Wahlkreisbüro

Zu einem turnusmäßigen Gespräch traf ich mich mit regionalen Vertretern der Kreisverbände Villingen und Donaueschingen des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbandes (BLHV), um mich über die aktuellen Entwicklungen in der Agrarpolitik auszutauschen. So machte Karl-Heinz Bäurer, Kreisverbandsvorsitzender Donaueschingen und Mitglied im BLHV-Fachausschuss Struktur und Betriebswirtschaft, zu Beginn auf die Problematik einer Initiative aus dem Bundesrat, die die Nachrüstung bestehender Jauche- und Güllegruben betrifft, aufmerksam. Ich ließ mich diesbezüglich auf den neusten Stand bringen und machte deutlich, dass der aktuell gültige Bestandsschutz für Altanlagen bestehen bleiben muss.



Mindestens ebenso intensiv tauschten wir uns über eine mögliche Abschaffung der sogenannten Hofabgabeklausel, eine Regelung der landwirtschaftlichen Alterssicherung zur Hofnachfolge, aus. Hier machte ich gegenüber den Vertretern der BLHV deutlich, dass dies zwar ein heißes Eisen ist, aber nur durch eine frühzeitige Einbindung der jüngeren Generation in den landwirtschaftlichen Betrieb kann man auch die hohen Standards der Region halten. Vorgaben von oben herab sind keinesfalls zielführend, stellte ich klar. Hier kam auch die gültige Düngerverordnung mit der Vorgabe von Stickstoffobergrenzen zur Sprache. Auch der sich in der Region wieder ansiedelnde Biber war Thema des Gesprächs. Ich machte deutlich, dass die fortschreitenden Verluste der regionalen Landwirtschaft nicht akzeptabel sind. Das behördliche Bibermanagement muss auch die Belange der Landwirtschaft angemessen berücksichtigen.

[DRK Wolfach bietet Migrationsberatung vor Ort](#)

Aufgrund zunehmender Fallzahlen im Bereich der Migrationsberatung lud mich das Deutsche Rote Kreuz Wolfach zu einem Vor-Ort-Termin in die Kreisgeschäftsstelle nach Hausach. Zu Beginn informierten Kreisgeschäftsführer Volker Halbe und Kreisvorsitzender Jürgen Nowak über ihre aktuellen Konzepte und die konkrete Umsetzung in der Praxis. Für mich ist die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) und der Jugendmigrationsdienst (JMD) der Motor zur Erhöhung der Chancengerechtigkeit, der Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Zugangschancen von jungen Migrantinnen und Migranten, insbesondere am Übergang Schule/Ausbildung/ Beruf. Insbesondere dem zuständigen Sozialarbeiter Günter Waidele danke ich für den fundierten und aufschlussreichen Einblick in seinen Beratungsalltag und dessen großes Engagement. Man muss individuell und schnell jedem Hilfebedürftigen zur Seite stehen und den Zuwanderern eine optimale Partizipation in allen Bereichen des sozialen, kulturellen und politischen Lebens ermöglichen. Das sind die zentralen Anliegen der Migrationsberatung. Die Förderpläne und die Umsetzung vereinbarter Integrationsmaßnahmen kosten Geld,

das die Bundesregierung auch weiterhin zur Verfügung stellt. Anhand der geschaffenen Rahmenbedingungen in Deutschland verdeutlichte ich die Aktualität des Themas. Der Jugendmigrationsdienst (JMD) wird jährlich mit 41,5 Mio € gefördert, die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer mit weiteren 26,2 Mio. € und das Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge um über 300 Stellen erweitert. Für mich kann durch eine gute Migrationsberatung eine Win-Win-Situation für die Unternehmen und den ländlichen Raum entstehen, denn die Gesellschaft ist auf qualifizierte Zuwanderung in den regionalen Arbeitsmarkt angewiesen.



[Ausländische Fachkräfte unverzichtbar für die regionale Wirtschaft](#)

Damit unsere vor allem mittelstands- und industriegeprägte Region auch in Zukunft ganz vor mitmisch, wenn es um Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit geht, müssen es die Unternehmen schaffen, den hohen Bedarf an qualifizierten Fachkräften zu sichern. Andernfalls droht ein Einbruch der hohen Dynamik unserer heimischen Wirtschaft. Damit dies gelingt, müssen gerade die Mittelständler ihren Blick auch verstärkt weg von Deutschland und bis an die Ränder der EU und darüber hinaus richten. Gerade in den Krisenländern der EU, in Osteuropa oder Asien finden sich sehr viele talentierte, sehr gut qualifizierte und hoch motivierte junge Menschen, die eine tragfähige Zukunftsperspektive für sich und ihre Familie suchen. [Hier](#) geht es zur Pressemitteilung.

[Verbesserungen bei der Palliativversorgung erleichtern den schwierigen Weg am Ende des Lebens](#)

Mit den zwischen dem Bundesgesundheitsministerium und der Koalition von Union und SPD

verabredeten Verbesserungen im Bereich der Hospiz- und Palliativversorgung greifen wir einen wichtigen Punkt aus unserem Koalitionsvertrag auf und stellen die Weichen, damit insbesondere die weißen Flecken in der medizinischen Versorgung am Lebensende vor allem im ländlichen Raum verschwinden. Von einer Stärkung in diesem Bereich profitiert sicherlich auch unsere Region, in der die Palliativversorgung im Schwerpunkt durch das Schwarzwald-Baar-Klinikum oder die Klinik in Offenburg abgedeckt wird. Wir wollen mit unserem Vorstoß das schwierige Thema des Sterbens, das letztlich jeden betrifft, stärker in die Mitte der Gesellschaft rücken. Am Ende des Lebens dürfen Menschen nicht allein gelassen werden. Uns ist es in diesem Zusammenhang sehr wichtig, dass schwer kranke und sterbende Menschen in ihrer letzten Lebensphase unabhängig von ihrem Wohnort eine hervorragende medizinische und pflegerische Betreuung, aber auch eine professionelle menschliche Zuwendung erhalten und nach ihren Wünschen begleitet werden können. Mehr zu diesem Thema erfahren Sie [hier](#).

Höchste Zeit für Aufhebung der Altersgrenzen im öffentlichen Dienst

Es ist an der Zeit, dass wir über die Frage starrer Altersgrenzen im öffentlichen Raum diskutieren. In Zeiten des demografischen Wandels erachte ich die heute noch immer geltenden strikten Vorgaben schlichtweg nicht mehr als zeitgemäß. Eine generelle Aufhebung im Falle des freiwilligen Wunsches, länger zu arbeiten bzw. zu dienen, hielte ich für dringend geboten. Solange die betroffenen Charaktere ihre Aufgaben vollumfänglich und ohne gesundheitliche Einschränkungen wahrnehmen können, sollten sie diese auch nach dem Überschreiten der Regelaltersgrenze ausführen dürfen. Ansonsten verzichten wir auch auf deren Wissen und Können. [Hier](#) geht es zu meinem Pressestatement.

Erfolgreiche Haushaltsklausur der CDU-Kreistagsfraktion in Schönwald

Mitte November hat sich die CDU-Kreistagsfraktion zur traditionellen Haushaltsklausur in Schönwald getroffen. Zwei Tage lang wurde intensiv und konstruktiv der Haushaltsentwurf 2015 diskutiert, den Landrat Sven Hinterseh in der letzten Kreistagssitzung eingebracht hatte. Landrat Hinterseh hat einen guten und ausgewogenen Haushalt 2015 aufgestellt, der alle wichtigen Aufgabenstellungen umfasst.



Die Fraktion war sich einig, dass insbesondere angesichts der Investitionen im Bildungsbereich und in der Breitbandversorgung, die Erhöhung der Kreisumlage um einen Prozentpunkt angemessen und nachvollziehbar ist. Unter meiner Leitung wurde der 626-seitige Haushaltsplan auf Prioritätensetzung und Einsparpotentiale untersucht. Die Fraktion war sich einig, dass der eingeschlagene Weg im Bildungswesen – auch 2015 – fortgeführt werden muss. Knapp 800.000 Euro wurden als Einsparpotential identifiziert – vorwiegend im Bereich Technik und Umwelt. Diese Vorschläge werden im Rahmen der Haushaltsberatungen eingebracht. Gerne würde es die CDU-Fraktion sehen, wenn diese 800.000 Euro für einen noch zügigeren Ausbau des schnellen Internets im Kreis eingesetzt werden. Für das Kreis-Backbone sind bereits fünf Millionen im Haushaltsentwurf vorgesehen. Die CDU-Fraktion möchte mit einer weiteren Aufstockung im Jahr 2015 ein deutliches Zeichen setzen: die Internetversorgung genießt hohe Priorität.

Thorsten Frei MdB

Abgeordneter des Wahlkreises Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: thorsten.frei@bundestag.de

Internet: www.thorsten-frei.de

facebook: www.facebook.de/ThorstenFreiCDU